

Präs: 07. Feb. 2013

Nr.: 192/A-BR/2013

Antrag

der Bundesräte Edgar Mayer, Mag. Susanne Kurz, Gottfried Kneifel, Mag. Gerald Klug,
Monika Mühlwerth, Elisabeth Kerschbaum
Kolleginnen und Kollegen

betreffend Abhaltung einer parlamentarischen Enquete gemäß § 66 GO-BR zum Thema
**„Mehr direkte Demokratie, mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in den
Ländern und Gemeinden“**

Der Bundesrat wolle beschließen:

Gemäß § 66 GO-BR wird eine parlamentarische Enquete abgehalten, wobei hinsichtlich des
Termins, des Gegenstandes, der Tagesordnung und des Teilnehmer/-innenkreises folgendes
beschlossen wird:

1) Termin:

Dienstag, 9. April 2013, 10.00-16.00 Uhr im BR-Sitzungssaal

2) Gegenstand:

„Mehr direkte Demokratie, mehr Chancen für die Bürgerinnen und Bürger in den Ländern
und Gemeinden“

Die Enquete soll einen Überblick über den aktuellen Stand der Instrumente direkter
Demokratie und der Bürgerbeteiligung in Österreich und im benachbarten Ausland bieten und
der Politik Handlungsempfehlungen geben.

3) Tagesordnung und Referent/-innen:

Eröffnung und Begrüßung durch den Präsidenten

Eingangsstatement: LH Mag. Markus Wallner

Modul 1: Grundsatzfragen

10.20-10.40 Uhr

*Direkte Demokratie und BürgerInnenbeteiligung in der österreichischen Bundesverfassung –
unter Berücksichtigung aktueller Gesetzesinitiativen*

Em. Univ. Prof. Dr. Theo Öhlinger

10.40-11.00 Uhr

Die Sicht der Bürgerinnen und Bürger zur direkten Demokratie

Univ. Prof. Dr. Max Haller, Universität Graz

Modul 2: Praxis und neue Instrumente

11.00-11.20 Uhr

Das Modell der Vorarlberger Bürgerräte

Dr. Manfred Hellrigl, Zukunftsbüro Amt der Vorarlberger Landesregierung

11.20-11.40 Uhr

Instrumente und Praxis direkter Demokratie in Österreich auf Länder- und Gemeindeebene
Univ. Prof. Dr. Klaus Poier, Universität Graz

11.40-12.00 Uhr

Praxiserfahrungen zu den Volksbefragungen in Wien
Dr. Christine Bachofner, Magistrat Wien

Diskussion

12.30-13.30 Uhr

Mittagspause

Modul 3: Europa und benachbarte Staaten

13.30-14.10 Uhr

20 Jahre Unionsbürgerschaft – unterwegs zur transnationalen Mitbestimmung?
sowie

Instrumente der direkten Demokratie im Mehrebenensystem: Erfahrungen aus Deutschland und der Schweiz unter Berücksichtigung des Verfahrens im Vorfeld (Vorbereitungs- und Informationsszenarien)

Dr. Nadja Braun Binder, Universität Speyer

Diskussion

Abschlussrunde mit politischen Statements der Fraktionen

Ende: ca. 16.00 Uhr

4) Teilnehmerkreis:

Teilnahmeberechtigt sind

die Referentinnen und Referenten

18 Bundesrätinnen und Bundesräte im Verhältnis 7 ÖVP : 7 SPÖ : 2 FPÖ : 2
Fraktionslose (1 G, 1 „Liste Fritz“)

8 Mitglieder des Nationalrates im Verhältnis 2 SPÖ : 2 ÖVP : 1 FPÖ : 1 Grüne : 1 BZÖ :
1 Team Stronach

je 1 Vertreter/in

des Bundeskanzleramtes

des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft

des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie

des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend

des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz

des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten

des Bundesministeriums für Gesundheit
des Bundesministeriums für Finanzen
des Bundesministeriums für Inneres
des Bundesministeriums für Justiz
des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport
des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur
des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung

weitere je 1 Vertreter/-in der Landesregierungen der Bundesländer

die Präsidenten/in der Landtage sowie je 1 Vertreter/-in der Landtage

1 Vertreter/-in der Volksanwaltschaft

1 Vertreter/-in der Vertretung der Europäischen Kommission in Österreich

Je 1 Vertreter/-in

der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Wien

der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Graz

der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Innsbruck

der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Linz

der rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Salzburg

Je 1 Vertreter/-in des Österreichischen Gemeindebundes

Je 1 Vertreter/-in des Österreichischen Städtebundes

Weitere je 1 Vertreter/-in der Sozialpartner:

- der Wirtschaftskammer Österreich
- der Bundesarbeiterkammer
- des Österreichischen Gewerkschaftsbundes
- der Landwirtschaftskammer Österreich

1 Vertreter/-in des Instituts für Föderalismus

Je 1 Vertreter/-in des

- Vereins „Mehr Demokratie!“
- Vereins „Demokratiebegehren MeinOE – Demokratie jetzt!“
- „Mein Parlament“
- „Volksgesetzgebung jetzt“

Gemäß § 66 Abs. 3 GO-BR wird der Öffentlichkeit nach Maßgabe der räumlichen Möglichkeiten, unter Bevorzugung von Medienvertretern, Zutritt gewährt.

Vorsitz:

10.00-11.30 Uhr

Präsident des Bundesrates

11.30-12.30 Uhr

Vizepräsident/-in des Bundesrates

13.30-14.30 Uhr

Vizepräsident/-in des Bundesrates

14.30-16.00 Uhr

Präsident des Bundesrates

In formeller Hinsicht wird beantragt, diesen Antrag gemäß § 16 Abs. 3 GO-BR ohne Ausschussvorberatung unmittelbar in Verhandlung zu nehmen.

